

Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung

Wahlprüfsteine

Am 20. September wird in Berlin gewählt. Bereits am 11. September finden die U16-Wahlen statt. Damit Kinder und Jugendliche und alle Interessierten darüber hinaus sich eine Meinung über die Pläne der Parteien bilden können, brauchen sie Informationen. Jedoch ist es oft nicht leicht, kinder- und jugendgerechte Informationen zu finden.

Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus hat die Landeskoordinierung der U16-Wahlen spannende Wahlprüfsteine erstellt. Kinder- und jugendgerechte Informationen zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gibt es jedoch so gut wie nirgends. Dabei entscheidet sich gerade auf Bezirksebene vieles, das Auswirkungen auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen hat: Der Bau von Schulen, die Errichtung von Jugendclubs, Ausbau von Radwegen, Schulwegsicherheit usw. Die AG politische Bildung der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat deswegen beschlossen, Kinder und Jugendliche in Marzahn-Hellersdorf zu fragen, welche Themen für sie besonders wichtig sind.

Zu den meistgenannten Themen wurden die gesammelten Thesen vom Kinder- und Jugendbeauftragten des Bezirks an Parteien versendet und diese um Stellungnahme gebeten. Die Auswahl der angefragten Parteien basierte darauf, welche Parteien aktuell in der BVV sitzen, welche Parteien bei vergangenen U-Wahlen auffällig relevant waren und schließlich noch, welche Anzahl an Parteien die AG politische Bildung auch tatsächlich bearbeiten kann.

Die Antworten der Parteien finden sich in Kurzform auf dem Plakat „Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung. Was sagt welche Partei?“ Für die ausführlicheren Antworten wurden die Parteien gebeten, maximal 500 Worte zu schreiben. Diese Antworten haben wir mit den verfügbaren Wahlprogrammen abgeglichen und die Zitate hier zusammengestellt.

Wir hoffen, die Materialien nützen euch!

AG § 78 politische Bildung

1. Der Bezirk soll mehr Spielplätze bauen, auch wenn es dafür weniger Platz für Parkplätze gibt.

AFD: **nein**

„Eine qualifizierte Stadt- und Quartiersplanung muss beides leisten können – und nicht das eine gegen das andere ausspielen. Kinder brauchen sichere, gut erreichbare Spielplätze, die Menschen in den Bezirken ausreichend Parkplätze für Alltag, Arbeit und Mobilität. Wer Parkplätze opfert, um Spielplätze zu schaffen, betreibt ideologische Politik. Die AfD steht für Stadtpolitik nach den realen Bedürfnissen der Bürger.“

Bündnis 90/Grüne: **ja**

„Aus unserer Sicht besteht dieser Flächenkonflikt zwischen Spielplätzen und Parkplätzen in unserem Bezirk nicht. Wir wollen mehr Spielplätze bauen, selbst wenn dafür Parkplätze weichen müssten. Kinder und Jugendliche brauchen sichere, wohnortnahe Spielplätze. Sie sollen klimafreundlich mit Bäumen für Schatten, weniger Beton und mehr Grün gestaltet sein. So haben Kinder sichere Spielorte und die Stadt wird grüner, kühler und lebenswerter für alle.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **ja**

„...und dafür bitte eure Eltern, Großeltern, Tanten, Onkel und Freunde überzeugen, dass Spiel und Spaß viel wichtiger sind als noch mehr Platz für Blech auf Rädern.“

FDP: **nein**

„Spielplätze gegen Parkplätze auszuspielen ist der falsche Ansatz. Stattdessen sollten bestehende Spielplätze, Sportanlagen und Bolzplätze wieder attraktiver gemacht sowie Brach- und Leerflächen im Kiez für neue Angebote genutzt werden.“

SPD: **ja**

„Kinder/Jugendliche brauchen Orte, an denen sie spielen u. ihre Freunde treffen können. Da ihr selbst vielleicht nicht so weit weg von zuhause sein dürft, wie Erwachsene, sind Orte in der Nähe besonders wichtig. So könnt ihr diese auch selbstständig + sicher erreichen. In Zukunft werden in Berlin weniger Parkplätze gebraucht, weil mehr Radwege gebaut werden und mehr Busse und Bahnen fahren. Die freien Flächen könnten dann für andere Dinge genutzt werden, z.B. für Spielplätze oder Treffpunkte für Jugendliche.“

Tierschutzpartei: **ja**

„Berlin muss kinder- und jugendgerechter werden. Dafür ist das Einräumen öffentlicher Räume essentiell. Dazu gehört auch das Ausweisen offener Flächen als gut gestaltete Spielplätze. Besonders die Reduzierung von Parkplätzen und Autospuren zugunsten von Sitzgelegenheiten, Flaniermeilen oder Sportgeräten sehen wir dort als sehr gute Lösung an.“

2. Schulen sollen auch nach dem Unterricht von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können.

AFD: ja

„Ja – wenn es vernünftige Konzepte gibt: Nachhilfe, Sport, Arbeitsgruppen, sinnvolle Freizeitangebote. Schulen können und sollen nach dem Unterricht genutzt werden, sofern Ordnung, Aufsicht und Sicherheit gewährleistet sind und die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Die AfD unterstützt praxisnahe Lösungen, die Kindern und Jugendlichen echte Chancen bieten.“

Bündnis 90/Grüne: ja

„Es ist schade, wenn Schulen mit ihrer tollen Infrastruktur nur den halben Tag genutzt werden können. Wenn sie von Teilen der Schülerschaft, Bürgerinitiativen und anderen auch außerhalb der Schulzeiten für Hausaufgaben, Arbeits- und Sportgemeinschaften zur Verfügung stehen, ist es eine tolle Sache.“

CDU: keine Antwort

Die Linke: ja

„...als Räume zum Spielen, zum Experimentieren, sich Ausprobieren und vielleicht zum selber Organisieren von Arbeitsgemeinschaften und Wettbewerben. Ganztagschulen machen's vor.“

FDP: ja

„Für uns sind Schulen mehr als Lernorte. Sie gehören in die Mitte des Kiezes, umso lebendige Treffpunkte der Begegnung, für Kultur, Sport und soziale Projekte zu schaffen. Wir wollen in Kooperationen mit Vereinen und Initiativen Pilotprojekte starten, bei denen Schulgebäude und Schulhöfe außerhalb der Unterrichtszeiten öffentlich zugänglich gemacht werden, die Nutzung aber sicher und verantwortungsvoll bleibt.“

SPD: ja

„Die SPD möchte, dass es am Nachmittag kostenlose Musik- und Sportangebote direkt in der Schule gibt. Denn das Hin und Her zwischen Schule, Sporthalle und Musikschule ist oft unpraktisch. Nach eurem Schultag sollt ihr einfach auswählen können, worauf ihr Lust habt, und direkt in der Schule mitmachen – ohne lange Wege oder Anmeldungen. Ihr sollt außerdem die Möglichkeit haben, den Schulhof auch nach dem Unterricht zum Spielen und Treffen zu nutzen.“

Tierschutzpartei: ja

„Schulen sollten auch nach dem Unterricht Begegnungs- und Lebensräume für Kinder und Jugendliche sein. Dafür müssen Schüler*innen das Schulgelände, z. B. durch Ganztagsangebote länger nutzen können. So können sie auch über den Unterricht hinaus miteinander in Berührung kommen. Dabei sollte es auch möglich sein, dass sich vertrauenswürdige externe Personen, z. B. der Schule bekannte (Groß-)Eltern, an den Angeboten beteiligen und Schulen für alle Gesellschaftsgruppen zum Lernort werden.“

3. In Marzahn-Hellersdorf sollen spezielle Polizistinnen und Polizisten nur für Kinder und Jugendliche da sein und überall hingehen, wo sich Kinder unsicher fühlen.

AFD: **nein**

„Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche ist notwendig. Dazu muss die Sicherheit insgesamt verbessert werden. Dafür braucht es aber keine isolierte „Kinderpolizei“, sondern mehr sichtbare Präsenz der regulären Polizei, konsequente Verfolgung von Jugendkriminalität, Drogenhandel und Kriminalität insgesamt sowie klare Regeln. Spezielle Beamte allein lösen das Problem nicht, wenn insgesamt zu wenige Polizisten da sind und Straftaten nicht konsequent geahndet werden.“

Bündnis 90/Grüne: **nein**

„Wir lehnen gesonderte Polizistinnen und Polizisten nur für Kinder und Jugendliche ab. Stattdessen setzen wir auf mehr Prävention durch enge Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendclubs und Sozialarbeit. So schaffen wir Sicherheit durch Vertrauen und Hilfe.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **nein**

„Polizistinnen und Polizisten sollten immer ein großes Herz für Kinder und Jugendliche und ihre Sorgen und Probleme haben. Und ja: Es ist notwendig, Polizistinnen und Polizisten dafür besonders zu schulen. Für die konkrete Unterstützung von Kinder und Jugendlichen sind im Alltag mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter notwendig.“

FDP: **nein**

„Eine eigene Spezialeinheit der Polizei nur für Kinder/Jugendliche schafft neue Bürokratie und Doppelstrukturen. Die Polizei soll alle in Marzahn-Hellersdorf vor Gefahren schützen und natürlich besonders sensibel beim Schutz von Kindern/Jugendlichen agieren. Sinnvoller ist es, die Polizei besser auszustatten, sie im Umgang mit Kindern und Jugendlichen zu schulen sowie sie sichtbarer im Kiez zu machen und die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit der Jugendarbeit vor Ort zu verbessern.“

SPD: **nein**

„Das ist schwer umzusetzen, denn man kann nicht an jede Ecke einfach einen Polizisten stellen. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass Parks und Spielplätze gut einsehbar, sauber und gut beleuchtet sind. So können sich alle dort sicherer fühlen. Zudem setzen wir uns für mehr Straßensozialarbeiterinnen ein. Diese können bei Konflikten zwischen Jugendlichen vermitteln und sind bei jeglichen Problemen oder wenn ihr euch unsicher fühlt immer ansprechbar.“

Tierschutzpartei: **ja**

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei auch die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt. Dazu gehört, dass Polizist*innen an Orten eingesetzt werden, an welchen sich Kinder und Jugendliche unsicher fühlen. Außerdem müssen Polizist*innen daraufhin sensibilisiert werden, mit Kindern und Jugendlichen respektvoll umzugehen und sie nicht wegen ihres Alters zu diskriminieren.“

4. Der Bezirk soll mehr Geld für den Ausbau grüner Dächer bereitstellen.

AFD: **nein**

„Grüne Dächer können sinnvoll sein, aber der Bezirk hat derzeit dringendere Prioritäten. Das knappe Geld wird an anderer Stelle – bei Sicherheit, Schulen, Straßen und sozialer Infrastruktur – deutlich notwendiger gebraucht. Die AfD setzt auf solide Haushaltsführung statt auf teure Symbolprojekte.“

Bündnis 90/Grüne: **ja**

„Für private Eigentümer, gibt es Fördermöglichkeiten. Auch für die bezirkseigenen Häuser sollte Geld für Fassaden- und Dachbegrünung eingestellt werden, genauso wie für weitere Solaranlagen.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **ja**

„Unbedingt! Im Sommer heizen sich viele Dächer extrem auf. Ein grünes Dach funktioniert wie eine natürliche Klimaanlage: Die Pflanzen spenden Kühlung und verdunsten Wasser. Gleichzeitig speichert das Dach Regen und gibt ihn langsam wieder ab. Außerdem bieten sie Insekten neue Lebensräume und machen dicht bebaute Stadtteile grüner.“

FDP: **nein**

„Zusätzliches Geld des Bezirks nur für grüne Dächer ist ein teures Sonderprogramm. Sinnvoller ist es, ohnehin anstehende Sanierungen bezirkseigener Gebäude – etwa der vielen gleichartigen Schultypenbauten – pragmatisch zu nutzen und dabei Photovoltaik, Dachbegrünung oder nutzbare Sportflächen gleich mit einzuplanen, statt ein separates Förderprogramm aufzulegen.“

SPD: **ja**

„Es ist wichtig, möglichst viele Flächen in unserer Stadt zu begrünen und zu bepflanzen. Pflanzen und Bäume helfen dabei, die Stadt an heißen Tagen abzukühlen. Besonders wichtig finden wir deshalb mehr Bäume in Parks und auf euren Schulwegen. So habt ihr an heißen und sonnigen Tagen mehr Schatten.“

Tierschutzpartei: **ja**

„Zur Verbesserung des Stadtklimas werden wir Flachdächer begrünen und Urban Gardening nach dem Vorbild der „essbaren Stadt“ vorantreiben. Dazu wollen wir auch Bauherr*innen in die Pflicht nehmen und fortschrittliche Bauherr*innen unterstützen. Die Förderprogramme GründachPLUS und 1.000 grüne Dächer fördern wir überall dort, wo Photovoltaik technisch oder wirtschaftlich nicht sinnvoll einsetzbar ist.“

5. Der Bezirk soll Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung von sicheren Radwegen einbeziehen.

AFD: **nein**

„Sicherheit auf Radwegen ist wichtig – besonders für Kinder. Die Planung gehört jedoch in die Hände von Fachleuten. Gleichzeitig ist es sinnvoll, Kinder und Jugendliche zu befragen, wo sie sich am unsichersten fühlen. Die AfD befürwortet eine ehrliche Befragung statt vorgetäuschter Mitbestimmung, die echte Verbesserungen nur verzögert. So entstehen Lösungen, die wirklich helfen.“

Bündnis 90/Grüne: **ja**

„Für uns ist das entscheidende Gremium der bezirkliche FahrRat. Der FahrRat ist ein Gremium zur Förderung des Radverkehrs dem verschiedene Organisationen vertreten sind, zum Beispiel: der ADFC, die BVV-Fraktionen, der BUND, die BVG, der NABU usw. Hier könnte eine Vertretung des Kinder- und Jugendparlamentes Mitglied werden, damit auch Kinder und Jugendliche eine Stimme haben.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **ja**

„Klar. Kinder und Jugendliche , die Rad fahren oder gern sicher Rad fahren würden, wissen vielleicht besser als mancher Verantwortlicher, der nicht immer mit dem Fahrrad auf allen Strecken unterwegs sein kann oder sogar mehr Auto fährt, wo es holpert, wo es keinen Spaß macht oder sogar gefährlich ist.“

FDP: **ja**

„Wer jeden Tag zur Schule radelt, weiß am besten, wo es gefährlich ist. Echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen macht Radwegplanung nicht nur sicherer, sondern auch alltagstauglicher. Daher halten wir dies für sinnvoll und richtig.“

SPD: **ja**

„Für Kinder ist es nicht immer leicht, mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Ihr könnt im Straßenverkehr leichter übersehen werden und habt oft noch nicht so viel Erfahrung beim Radfahren. Deshalb finden wir es wichtig, dass Kinder bei der Planung von sicheren Straßen und Radwegen mitreden können. Macht gerne beim Kinder- und Jugendparlament mit und setzt euch gleich dort für sichere Schul- und Radwege ein! Das Kinder- und Jugendparlament ist bereits Mitglied im Fahr-Rat und kann dort über die Planung von Radwegen mitentscheiden.“

Tierschutzpartei: **ja**

„In Marzahn-Hellersdorf bieten Formate wie das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) sowie Jugendsprechstunden zwar bereits Austauschräume, doch mitreden ist nicht gleich mitbestimmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche aktiv Entscheidungsprozesse beeinflussen können. Dazu gehört für uns das Wahlrecht ab 14, aber auch Sitze in der BVV und verbindliche Anhörungen des KiJuPa z. B. wenn ein neuer Radweg gebaut werden soll.“

6. Der Bezirk soll ein spezielles Büro für wohnungslose Kinder und Jugendliche einrichten.

AFD: **nein**

„Kinder sind in der Regel nicht wohnungslos – wenn eine Familie obdachlos ist, betrifft das die Eltern und die gesamte Familie. Ein spezielles Büro nur für „wohnungslose Kinder und Jugendliche“ schafft zusätzliche Bürokratie aber keinen neuen Wohnraum. Die AfD setzt darauf, Familien in Not gezielt zu helfen und die Verantwortung der Eltern zu stärken, statt neue Behördenstrukturen aufzubauen.“

Bündnis 90/Grüne: **ja**

„Gerade für diese Kinder und Jugendlichen wäre eine einheitliche Anlaufstelle an die sie all ihre Fragen richten können wichtig. Hier sollten alle Informationen über bestehende Hilfsangebote zusammenlaufen. Das würde die Vermittlung von Hilfe erleichtern.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **ja**

„Kein Kind und kein Jugendlicher darf ohne Zuhause sein. Familien sollen schnell eine eigene, bezahlbare Wohnung bekommen. Wir wollen, dass wohnungslose Kinder und Jugendliche schnell und unkompliziert Hilfe bekommen. Dafür braucht es gut erreichbare Anlaufstellen vor Ort – ohne Termin, ohne Papierkram und ohne Angst, weggeschickt zu werden.“

FDP: **nein**

„Für wohnungslose Kinder und Jugendliche ist das Jugendamt zuständig. Statt eines neuen Büros braucht es dort mehr und gut ausgebildetes Personal, damit diese Aufgabe angemessen wahrgenommen werden kann. Eine Parallelstruktur wäre hier nicht zielführend.“

SPD: **nein**

„Wohnungslose Kinder und Jugendliche wohnen bereits in einer betreuten Unterkunft extra für sie gestaltet und mit Betreuerinnen, die Ihnen helfen. In Jugendfreizeiteinrichtungen kann man sich zum Beispiel auch seine Zeit vertreiben oder nach Unterstützung fragen. Wir sehen nicht sofort einen Grund für ein spezielles Büro für wohnungslose Kinder- und Jugendliche, aber sind offen für die Idee. Schreibt uns gerne, warum Ihr euch das Wünschen würdet? „

Tierschutzpartei: **ja**

„Kein Kind oder Jugendliche*r sollte im Bezirk ohne Unterstützung bleiben, weil passende Hilfsangebote schwer erreichbar sind. Marzahn-Hellersdorf hat soziale Herausforderungen; eine spezielle Anlaufstelle kann Hemmschwellen abbauen, früh beraten und den Zugang zu Jugendhilfe, Notunterkünften und weiteren Hilfen erleichtern. Bestehende Angebote freier Träger/Streetwork sollten finanziell abgesichert und bei Bedarf ausgebaut werden. Ziel ist eine schnelle, wohnortnahe Unterstützung.“

7. Der Bezirk soll auf Spielplätzen und in Jugendfreizeiteinrichtungen kostenloses W-Lan zur Verfügung stellen.

AFD: **nein**

„Auf Spielplätzen eher nicht – in Jugendfreizeiteinrichtungen kann kostenloses W-Lan sinnvoll sein, wenn die Aufsichtspflicht gewährleistet bleibt. Voraussetzung ist aber, dass Sicherheit, Sauberkeit und funktionierende Spielgeräte Vorrang haben und bereits geregelt sind. Nur dann ist es eine sinnvolle Ergänzung. Die AfD setzt auf das Wesentliche zuerst.“

Bündnis 90/Grüne: **ja**

„In Jugendzentren sollte kostenfreies WLAN vorhanden sein. Auf Spielplätzen sehen wir den Bedarf weniger, sind aber offen darüber in den Austausch zu gehen.“

CDU: **keine Antwort**

Die Linke: **ja**

„Wir fordern eine flächendeckende Versorgung mit freiem WLAN, das bezieht ausdrücklich Kinder- und Jugendeinrichtungen ein. Auf Plätzen zum Spielen und Toben, wo man - für den Fall der Fälle- telefonisch erreichbar ist, muss es kein kostenloses W-Lan sein.“

FDP: **ja**

„Ein flächendeckender WLAN-Ausbau in Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendclubs ist in Zeiten der digitalen Kommunikation sinnvoll, da diese geeignete Orte zum Schulen von Medienkompetenz durch die Mitarbeiter vor Ort sind. Auf Spielplätzen sollte dagegen der Fokus auf Bewegung und dem Spielen an der frischen Luft liegen – ein staatlich finanziertes WLAN-Angebot ist dort nicht von erhöhter Priorität.“

SPD: **ja**

„In Jugendfreizeiteinrichtungen ist es wichtig Internet zu haben, um dort zum Beispiel auch Hausaufgaben besser machen zu können oder gemeinsam mit Freunden einen Film zu gucken. Auf Spielplätzen sollte es um das Spielen gehen. Auf Plätzen für Jugendliche wäre Internetzugang sehr hilfreich.“

Tierschutzpartei: **ja**

„Wir befürworten kostenloses WLAN auf Spielplätzen und in Jugendfreizeiteinrichtungen. Der Zugang zum Internet ist ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe und ein Kinderrecht, welches nicht von mobilen Daten und dem Geldbeutel abhängen darf. Kostenfreies WLAN ermöglicht Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Informationen, Bildung und digitaler Kommunikation. Gleichzeitig muss Medienkompetenz gestärkt werden, damit digitale Angebote sicher und selbstbestimmt genutzt werden können.“